

## Pressemitteilung

### **Nachtragshaushalt für 2016 macht deutlich, dass die beschlossenen Steuer- und Gebührenerhöhungen nicht notwendig gewesen wären!**

Einmal mehr reibt man sich verwundert die Augen, wie in Hohenbrunn von Seiten der Verwaltung agiert wird. Vor zwei Wochen erhielt der Gemeinderat einen Nachtragshaushalt, der – verständlicherweise – einige Fragen aufwarf. Kämmerin Frau Marx war in der Gemeinderatssitzung nicht anwesend, Bürgermeister Straßmair sah sich im Sitzungsverlauf nicht imstande, zu wichtigen Positionen dieses Nachtragshaushaltes Aussagen zu tätigen. So sind beispielsweise die Umlagen an die Zweckverbände im Vergleich zum Haushalt 2015 um bis zu 30% höher. Diese enorme (sechsstellige) Abweichung konnte (oder wollte?) der Bürgermeister nicht erklären. Transparenz sieht anders aus!

Bereits in der Dezember-Sitzung (und in den dazu vorgelagerten Sitzungen) wurde von Seiten der Verwaltung massiv Druck gemacht, einerseits Streichungen im Haushalt durchzuführen und andererseits Steuer- und Gebührenerhöhungen durchzusetzen, obwohl der Haushalt auch ohne diese ausgeglichen gewesen wäre. Heute zeigt sich, dass diese - teilweise massiven - Erhöhungen (z.B. Grund- und Gewerbesteuer) keinesfalls notwendig gewesen wären. Vielmehr sprach der Bürgermeister von „deutlichen Puffern“ aufgrund von getätigten Grundstücksverkäufen. Allerdings waren auch diese im letzten Jahr bereits absehbar und eingeplant.

Aber nicht etwa, dass die Verwaltung aus diesen Fehlern gelernt hätte: Nein, der Gemeinderat wurde auch dieses Mal wieder unter Druck gesetzt, den Nachtragshaushalt verabschieden zu müssen, weil sonst ein anstehendes Grundstücksgeschäft nicht getätigt werden kann. Es scheint in Hohenbrunn noch nicht angekommen zu sein, dass der Gemeinderat kein „Abnick-Gremium“ ist, das die Verwaltung nach Belieben benutzen kann, sondern die oberste Entscheidungsinstanz einer Gemeinde. Auch andere Mitglieder des Gemeinderates konnten dem Haushalt in dieser Fassung nicht zustimmen, so dass der Nachtragshaushalt nur mit einer knappen Mehrheit der Stimmen beschlossen wurde. Das Bürgerforum wird sich trotzdem noch schriftlich an die Verwaltung wenden, um die wesentlichen Positionen des Nachtragshaushalts erläutert zu bekommen und damit erneut unserem zentralen Anliegen der Transparenz und Bürgerinformation nach zu kommen.